

Pandemische Lektionen – auch für den Wissenschaftsjournalismus. Eine vorläufige Bilanz in Dialogform

Klaus Taschwer und Lukas Wieselberg

Lukas Wieselberg: Lieber Klaus, wir wurden unabhängig voneinander gefragt, ob wir für diese Zeitschrift einen Beitrag über die journalistische Vermittlung von Wissenschaft schreiben wollen – ausgehend von der Coronavirus-Pandemie. Ich wollte das nicht im klassischen Sinn akademisch machen – jeder sitzt in seinem stillen Kämmerchen, liest Studien, macht sich Gedanken und schreibt sie dann nieder –, sondern würde gerne mit dir in Dialog treten; nicht zuletzt, weil es solche Dialoge zu selten gibt. Wir haben beim ORF nach bestem Wissen und Gewissen über Corona informiert, eine redaktionsübergreifende Reflexion darüber, was wir da getan haben, hat es aber nur in Ansätzen gegeben. Grund ist natürlich wie immer Knappheit an Zeit und Ressourcen, dennoch halte ich das eigentlich für grundlegend, um es beim nächsten Mal (noch) besser zu machen. Mit Klima, Biodiversität und Kriegen aller Art gehen uns die Themen ja auch in Zukunft nicht aus. Wie hast du die Innenperspektive beim STANDARD erlebt? Habt ihr versucht, so etwas wie eine wissenschaftsjournalistische Manöverkritik im breiten Stil durchzuführen?

Klaus Taschwer: Eine Kritik dieser Art innerhalb der Redaktion gab es bis jetzt zugegebenermaßen nicht. Aber ich habe mir natürlich immer wieder Gedanken darüber gemacht, wo wir Fehler machten, bei welchen Themen wir womöglich alarmistisch waren, oder bei welchen wir uns vielleicht von anderen Faktoren als der bestmöglichen wissenschaftlichen Evidenz haben leiten lassen. Zudem gibt es im STANDARD auch noch eine Art eingebauter Kritik, nämlich das Online-Forum, in dem unmittelbar Feedback kommt. Das STANDARD-Forum ist besonders aktiv mit rund 30.000 bis 40.000 Postings pro Tag; während der Pandemie waren es noch einmal mehr.

Wenn ich das für mich selbst bilanziere, so standen natürlich auch wir – so wie Wissenschaftler*innen und Politiker*innen und die gesamte Gesellschaft – von Beginn an vor dem Problem, dass wir mit enormer Unsicherheit zu kämpfen hatten und operierten. Jürgen Habermas hat die Situation früh in der Pandemie in einem Interview mit einem oft zitierten Satz auf den Punkt gebracht: »So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit handeln und leben zu müssen, gab es noch nie« (Schwering 2020). Es war viele Wochen und Monate unklar, wie ansteckend SARS-CoV-2

ist, wie schwer die Erkrankungen sind, wie hoch die Fallsterblichkeit ist, was die entscheidenden Risikofaktoren sind oder wie wir uns am besten schützen können. Was sicher ein gewisses Problem war: dass sich viele von uns – zumal die Journalist*innen, die eher aus dem Wissenschafts- und weniger aus dem Gesundheitsbereich kamen – vor allem auf virologische und epidemiologische Fragen konzentrierten und dadurch andere gesundheitliche Kollateralschäden der Pandemie, die eher in den Bereich öffentliche Gesundheit fallen, womöglich unterbelichtet blieben. Ich erinnere nur an die Diskussionen um die Kinder, ihre Virenbelastung und die Schulschließungen, die wir von Beginn an hatten, und in denen es letztlich um die Abwägung ging, was schwerer wiegt: das Risiko für die Älteren oder die negativen Folgen der Schulschließungen. Wogegen ich mich grundsätzlich verwehren möchte, ist die Unterstellung, dass es in den Medien so etwas wie ein »Narrativ« gegeben hat. Die meisten von uns bemühten sich um eine bestmögliche Orientierung an wissenschaftlichen Evidenzen und gerade um keine »Erzählung« im Sinn von: »Ich will jetzt eine bestimmte Botschaft vermitteln und dazu suche ich mir die Fachleute, Studien und Fakten zusammen« Genau das gab es umgekehrt bei vielen Maßnahmenkritiker- und Impfgegner*innen. Die legten sich auf bestimmte Dinge fest – etwa, dass Impfungen nicht gut sind, dass Ivermectin hilft oder dass Lockdowns oder Masken nichts bringen – und suchten dann nach den passenden Expertinnen und Experten beziehungsweise nach Studien, die in diese Richtung zu deuten waren oder die sie einfach in diese Richtung umdeuteten. Unser Job hingegen besteht meines Erachtens darin, sich unvoreingenommen und ergebnisoffen an die besten und aktuellsten wissenschaftlichen Untersuchungen zu halten, diese auch noch einmal zu evaluieren – also etwa darauf zu schauen, wie qualifiziert die Forscherinnen und Forscher sind, wie groß die Untersuchungsgruppe ist etc. – und diese Ergebnisse möglichst unverzerrt und gut kontextualisiert zu berichten. Wenn es seriöse Berichte über Impfnebenwirkungen gibt oder wenn bei den Studien rauskommen sollte, dass die Impfungen wegen Omikron nicht mehr so gut helfen und eine Impfpflicht auch deshalb nicht wirklich begründbar ist (vgl. Taschwer 2022a), dann müssen wir das auch so schreiben. Punkt.

LW: Das sehe ich genauso, und genauso haben wir es auch gemacht. Ich erinnere an die seltenen Fälle von Blutgerinnseln im Gehirn v.a. älterer Frauen nach einer AstraZeneca-Impfung bzw. an die ebenfalls seltenen Fälle von Herzmuskelentzündungen v.a. bei jungen Männern nach einer BioNTech-Pfizer-Impfung; über beides haben wir so schnell wie möglich berichtet – sprich: sobald belastbare Daten vorlagen. Wobei sich das Risiko für solche Nebenwirkungen in späteren Vergleichsstudien für Infizierte als höher erwiesen hat als für Geimpfte (vgl. Wieselberg 2021b). Das führt zu einem nächsten wichtigen Punkt: die Explosion der Informationsmenge. Das betrifft sowohl Studien, die in den üblichen *Peer-Review*-Verfahren von der Fachgemeinde überprüft worden sind, als auch und noch mehr die *Preprints*, bei denen das noch nicht vollständig geschehen ist. Der Wissenschaftsforscher Rainer Bromme hat diese *Preprints* als den »Maschinenraum der Wissensproduktion« bezeichnet, Corona hat Einblicke in diesen Maschinenraum ermöglicht wie nie zuvor (Wieselberg 2020). Einfach war das allerdings nicht. Ich habe in den ersten Wochen der Pandemie versucht, diese *Preprints*, die ja den allerneuesten Wissensstand darstellen, alle zumindest zu überfliegen – das aber irgendwann aufgegeben.

Verdienstvolle Institutionen wie die Science Media Center in Großbritannien und Deutschland haben das zum Teil übernommen und eine Vorauswahl interessanter neuer *Preprints* getroffen, aber es war und ist zeitintensiv, den Überblick über diesen Überblick zu behalten. Schon aus Zeitgründen hat sich unsere Branche, glaube ich, letztlich wieder – wie vor der Pandemie – an den großen Wissenschaftszeitschriften orientiert, die mit ihren intern-wissenschaftlichen Qualitätsverfahren glaubwürdig sind. Plus natürlich den Social-Media-Auftritten ausgewiesener Expert*innen, die noch mehr Geschwindigkeit in die Sache brachten.

KT: Das kam in meiner Wahrnehmung vor allem mit der Omikron-Variante Ende 2021. Spätestens da haben sich Forscherinnen und Forscher vermehrt auf Twitter zu Wort gemeldet, das sich als hilfreiches wissenschaftliches Kommunikationswerkzeug etablierte. Ich habe mich immer wieder beim Twitter-Kanal des kalifornischen Mediziners Eric Topol informiert, der meines Erachtens hervorragende Vermittlungsarbeit machte und macht. Apropos Omikron: Ein Problem in der Berichterstattung war rückblickend sicher, wie wir mit neuen Virusvarianten umgehen sollten, bei denen zu Beginn immer wieder unklar war, ob sie nun gefährlicher sind oder nicht. Da gab es zumindest bei den ersten SARS-CoV-2-Mutanten womöglich auch übertriebene Befürchtungen, die sich retrospektiv dann zum Glück doch nicht bewahrheitet haben. Und auch bei Omikron war nicht ganz klar, ob diese Variante aufgrund ihrer höheren Ansteckungsrate trotz geringerer Lungenbelastung nicht gefährlicher sein könnte. Die Berichterstattung über diese ersten neuen Varianten brachte hohe Zugriffszahlen, was auf ein weiteres strukturelles Grundproblem der Medien in der Pandemie verweist: dass schlechte Nachrichten und Befürchtungen im Normalfall mehr nachgefragt werden als Entwarnungen. Das prägt das mediale Angebot und hat womöglich zu einer Überschätzung mancher Risiken durch SARS-CoV-2 beigetragen. Damit im Zusammenhang stand meines Erachtens das eigenartige Phänomen, dass die Infektionszahlen in Österreich unmittelbar vor Beginn eines Lockdowns wieder zurückgingen. Meine Interpretation ist, dass dieser Rückgang auch der warnenden Berichterstattung über den Anstieg der Infektionszahlen und der möglichen Überlastung der Spitäler geschuldet war. Aber das ist natürlich ein grundsätzliches Problem, vor dem wir Wissenschaftsjournalisten im Übrigen auch bei Studien zur Klimakrise stehen und das ich mit ›better safe than sorry‹ umschreiben würde. Die Frage ist, wie sehr unsere Berichterstattung so etwas wie einem Vorsorgeprinzip verpflichtet sein sollte.

LW: Gute Frage. Ich versuche einmal, formalistisch zu antworten. Das Vorsorgeprinzip ist ein politisches Prinzip, das auch vielen internationalen Verträgen zugrunde liegt, etwa in der Gesundheits- und Umweltpolitik. Eine journalistische Kategorie ist es aber nicht. D.h. natürlich muss ein Staat seine Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor gesundheitlichen Schäden schützen. Das müssen wir als Journalisten aber nicht – bzw. höchstens indirekt. Im ORF-Gesetz – also dem Gesetz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Österreich – etwa steht, dass die Vermittlung von Wissenschaft und Bildung öffentlich-rechtlicher Kernauftrag ist, was in der Pandemie de facto einem Auftrag zum Vorsorgeprinzip gleichkam. Denn das bedeutet, das bestmögliche Wissen zum Coronavirus zusammenzutragen und zu vermitteln. Und das war, wie du sagtest, vor allem zu Beginn

mit enormen Unsicherheiten behaftet. Vielleicht haben wir diese Unsicherheiten, vor allem anfangs, zu wenig betont – wiewohl ich auch gut verstehen kann, dass Krisenkommunikation nicht allzu unsicher erscheinen darf; wenn es brennt, ist es schon hilfreich, »Feuer!« zu schreien. Wissenschaftsjournalismus ist aber ein »Journalismus über alles«, wie die Wissenschaftsforscherin Sarah Davies das genannt hat (Wieselberg 2022). D.h. er beeinflusst jeden Aspekt des Lebens: von der Politik bis zum Lebensstil, vom Alltag bis zu sozialen Fragen. Vielleicht hätten wir deshalb von Beginn an die Unsicherheiten stärker als Kennzeichen hervorstreichen sollen. Denn es macht Wissenschaft aus, dass Wissen nicht immer schon feststeht, sondern stets erweitert wird. Manchmal handelt es sich auch um ein Wissen, das man »eh schon weiß«, aber noch nicht empirisch überprüft hat. Ich war selbst überrascht, als ich ca. im April 2020 die einschlägigen Datenbanken nach Studien zur Wirksamkeit von Masken durchsucht habe. Dazu gab es erstaunlicherweise kaum etwas, obwohl das Tragen von Masken seit Jahrzehnten gelebte Praxis in Asien war, wie auch in Krankenhäusern rund um die Welt. Offenbar hatte das aber zuvor kaum jemand unter überprüfbar und wiederholbaren Laborbedingungen empirisch untersucht. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat dann dementsprechend auch erst erstaunlich spät empfohlen, Masken zu tragen (vgl. WHO 2020). Die Pandemie war eine »große Lektion, wie Wissenschaft funktioniert«, hat die Wissenschaftsforscherin Ulrike Felt gesagt (Wieselberg 2021a). Wissenschaft liefert immer nur das vorläufig beste Wissen, das durch neue Studienergebnisse ergänzt und ersetzt werden kann. Und das ist das Gegenteil von dem, was die von dir zitierten Anhänger*innen eines vermeintlichen »CoV-Narrativs« annehmen. Ironischerweise ist auch durch diese Szene ein wissenschaftlicher Ruck gegangen. Denn Impfskeptiker*innen und Co. hat es vor Corona auch schon gegeben, nun haben sich aber noch die Wissenschaftsfernsten von ihnen bemüht, irgendwelche Studien aufzutreiben, die den eigenen Glauben – oder soll ich sagen: das eigene Narrativ – befeuern und bestätigen. Und irgendwelche Studien findet man immer. Was zu der Frage führt, wie wir als Wissenschaftsjournalisten mit den Outsidern verschiedener Fächer umgehen. Wie bist du, wie seid ihr denn mit den Lieferant*innen von »alternativen Erkenntnissen« umgegangen?

KT: Ich hoffe differenziert. Auf der einen Seite gibt es Forscher*innen mit hoher wissenschaftlicher Reputation wie den US-Gesundheitswissenschaftler John Ioannidis, der sehr früh umstrittene Zahlen zur CoV-Sterblichkeit veröffentlicht hat. Wir haben beispielsweise versucht, dessen Zahlen mit anderen Ansätzen und Zahlen zu vergleichen (vgl. Palmal/Taschwer 2020). Mit dem Wissen von heute lässt sich sagen: Die von Ioannidis ermittelte durchschnittliche Infektionssterblichkeit von etwas über 0,2 Prozent, die immer wieder zitiert wurde, war angesichts der CoV-Toten in etlichen Ländern, wo 0,5 Prozent der Bevölkerung mit oder an Covid-19 starben, wohl zu gering angesetzt. Das größere Problem waren meines Erachtens aber andere, weniger kompetente Expert*innen und Pseudo-Expert*innen, die ihre alternativen Ansichten nicht in wissenschaftlichen Fachzeitschriften mit Gutachtersystem publizierten, sondern ihre fragwürdigen Erkenntnisse in den Sozialen Medien oder in Büchern ohne Kontrolle durch die Fachkollegenschaft kundtaten. Hier stellte sich die Frage, ob man solchen Leuten in einem Qualitätsmedium eine zusätzliche mediale Bühne bietet. In unserem Fall machten wir das von der übrigen

medialen Aufmerksamkeit abhängig. Das Mittel der Wahl waren Faktenchecks zu den Behauptungen. Dabei haben wir auch zu zeigen versucht, wie lukrativ das Geschäftsmodell ›Impfangsmache‹ sein kann (vgl. Taschwer 2021a). Mit vermarktbareren Produkten wie Büchern oder Online-Kursen haben Leute wie Sucharit Bhakdi, Clemens Arvay oder Raphael Bonelli viel Geld gemacht – indem sie sich gegen das stellten, was weitgehender wissenschaftlicher Konsens war und tagtäglich in seriösen Medien zu sehen, zu lesen und zu hören war. Mit solcher evidenzbasierter Berichterstattung haben Journalist*innen bei Qualitätsmedien hingegen nicht mehr Geld verdient, sondern bestenfalls mehr Arbeit gehabt. Wir hätten allenfalls Probleme bekommen, wenn wir ähnlichen Unsinn berichtet hätten wie Bhakdi und seine Kollegenschaft.

LW: Generell bin ich beim Argument ›Eigentlich geht es um etwas ganz Anderes, meistens um Geld‹ eher vorsichtig. Denn das ist ja auch ein zentrales Motiv der ›CoV-Kritiker*innen‹ – dass wir ›Mainstreammedien‹ eigentlich nur die Interessen der Pharmaindustrie vertreten und die der dahinterstehenden Eliten, der Politik etc. Wichtiger und schwieriger finde ich die Frage, wie wir generell mit Widersprüchen umgehen. Denn Widerspruch ist ja notwendiger Teil von Wissenschaft. Ohne Anzweifeln der Mehrheitsmeinung in der Wissenschaft gäbe es keinen Fortschritt. Das ist in einer Pandemie natürlich besonders *tricky*, weil es da um Leben und Tod geht und dementsprechend um größtmögliche Vorsicht. Natürlich muss Widerspruch immer evidenzbasiert sein. Aber auch dabei haben etwa die Impfskeptiker*innen, die es ja auch schon vor Corona gab, dazugelernt – und immer auf irgendwelche Studien oder Daten verwiesen.

KT: Idealtypisch passierte das in Österreich im Brief der 199 impfskeptischen Ärzt*innen rund um den deutschen Mediziner Andreas Sönnichsen. In dem Schreiben wurde mit dutzenden Studien und Fußnoten argumentiert. Wenn man sich die Behauptungen aber genauer ansah, merkte man schnell, wie diese Studien sinnentstellend zitiert worden sind (vgl. Taschwer 2021b). Das aufzuzeigen, kostet natürlich einigen Aufwand. Ein sogenanntes Bullshit-Asymmetrie-Prinzip – auch als »Brandolinis Gesetz« bekannt – beschreibt diese Herausforderung: ›Das Widerlegen von Schwachsinn erfordert eine Größenordnung mehr Energie als dessen Produktion.‹ Es ist klar, dass nicht alle Journalist*innen diese Zeit und Mühe aufwenden können. Und bei manchen Bullshit-Produzenten, wie etwa dem ehemaligen österreichischen Wissenschaftsjournalisten Peter F. Mayer, der unter tkp.at eine eigene Seite im Netz betreibt und mit der impfskeptischen Szene bestens vernetzt ist, wäre man Vollzeit damit beschäftigt, dessen Faktenverdrehungen richtigzustellen. Einerseits führt das wieder zur Frage zurück, wie sehr wir uns diesen mehr oder weniger offensichtlichen Fehlinformationen widmen sollten. Andererseits stellt sich die Frage, wen von den Fachleuten wir in den Medien vorkommen lassen – und ab wann ihre Auswahl zu einer falschen Balance führt. Das betrifft nicht nur Talkshows beim zum Red-Bull-Konzern gehörenden Servus-TV, wo Impf- und Maßnahmengegner*innen meist in der Überzahl waren. Die Frage stellt sich insbesondere bei der Auswahl der Interviewpartner*innen: Wenn man etwa zum Thema Impfpflicht ein Interview mit der Vorsitzenden der österreichischen Bioethikkommission machte, kriegte man eher zustimmende Antworten, als wenn man mit anderen Mitgliedern der Kommission redete.

Ein strukturelles Problem in Österreich war ein gewisser Mangel an Fachleuten, insbesondere im Bereich Epidemiologie. Weil es so wenige gibt, waren die meisten dieser Personen in Gremien tätig, die während der Pandemie die österreichische Regierung berieten. Und wenn wir in den Medien heimische Expert*innenstimmen einholten, dann waren das oft wieder diese Fachleute, was den Eindruck vermitteln konnte, dass »die Medien« auf Regierungslinie sind.

LW: Ich denke auch, dass eine unserer wesentlichen Aufgaben darin besteht, klarzumachen, wen wir mit welcher Autorität zu Wort kommen lassen. In einer Pandemie ist es logisch, dass das zunächst Fachleute aus Epidemiologie und Virologie sind. Und da gab es auch wenig zweite Meinungen, sondern zumindest zu Beginn Konsens. Aber das Wissen aus anderen Disziplinen blieb dabei klarerweise unterbelichtet. Wir haben am Anfang vielleicht ähnlich wie die Politik andere wichtige Perspektiven vernachlässigt – auf die etwa Public Health-Expert*innen verwiesen haben, also eine gesamtgesundheitliche Perspektive, die auch die Langzeitkonsequenzen von Maßnahmen im Blick hat: Was ist mit anderen Krankheiten, wenn sich die Leute nicht mehr zur Vorsorgeuntersuchung trauen? Was bedeuten Lockdowns für Depressive und Schulschließungen für Kinder? Solche Fragen waren schon zu Beginn der Pandemie legitim, aber vergleichsweise unterrepräsentiert. Vertreter*innen dieser Disziplinen wurden weniger gehört – aus ihrer Sicht oft überhaupt nicht, weshalb sich einige von ihnen in den Monaten danach radikalisiert haben und zum Teil zu Kronzeug*innen der Anti-Maßnahmen-Szene geworden sind. Fakt ist leider auch: Eines der wenigen sozialwissenschaftlichen Covid-19-Forschungsprojekte in Österreich, das Austrian Corona Panel Project der Universität Wien, das die Einstellungen der Österreicher*innen während der Pandemie untersucht hat, wurde ab Herbst 2022 nicht weiter finanziert. Wie siehst du das, Klaus, hätten wir diese Perspektivenvielfalt auch schon zu Beginn stärker betonen sollen?

KT: Ich denke, es war zu Beginn fast unmöglich, die Situation epidemiologisch und virologisch richtig einzuschätzen – und noch schwieriger war es wohl, die mittel- und langfristigen Folgen für die öffentliche Gesundheit vorherzusagen und das eine mit dem anderen abzuwägen. Dazu kommt die ganze Long-Covid-Problematik, deren Dimensionen nach wie vor nicht ganz klar sind, was meines Erachtens dafür spricht, Ansteckungen nach Möglichkeit zu verhindern. Im November 2022 ist ein größerer Überblicksartikel in »Nature Medicine« über die psychischen Folgen der Pandemie erschienen (vgl. Penninx et al. 2022), und da fiel das Fazit zwar nicht gut, aber auch nicht so katastrophal aus, wie mancherorts gerne behauptet wird. Vieles scheint sich offenbar nach einer bestimmten Zeit wieder einzurenken, auch wenn es gewiss Kollateralschäden gegeben hat, vor allem bei Kindern. Ob wir das früher und stärker hätten thematisieren sollen? Dass wir es womöglich zu wenig getan haben, hängt vermutlich auch damit zusammen, dass wir beide Wissenschafts- und nicht Gesundheitsjournalisten sind und wir uns eher an den »harten«, wenn auch immer nur vorläufigen Ergebnissen von Studien orientiert haben. Wogegen wir uns aber wehren sollten, ist etwas, das ich sehr überspitzt als Corona-Revisionismus bezeichnen würde, und der darin besteht, dass man mit dem Wissen von heute, dem aktuellen Immunitätsschutz und der verringerten Wirksamkeit der Impfungen wegen der

Omikron-Variante die Maßnahmen und die mediale Berichterstattung 2020 und 2021 kritisiert. Das betrifft auch die Frage, ob die Menschen »wegen« oder »mit« Corona im Spital lagen, also mit Haupt- oder Nebendiagnose. Seit Omikron ist der Anteil der CoV-Patient*innen im Spital mit Hauptdiagnose rückläufig, und es gibt nun auch die Zahlen, die Haupt- und Nebendiagnose aufschlüsseln. Prompt gibt es den Vorwurf, wieso wir zweieinhalb Jahre gebraucht haben, um immer zwischen »mit« und »wegen« Covid-19 zu unterscheiden. Doch diese Zahlen waren erstens 2020 und 2021 vielfach nicht verfügbar, und zweitens hätte es wenig Unterschied gemacht, weil nach allen bekannten Schätzungen der Anteil der etwa auf Intensivstationen CoV-Behandelten, die Covid-19 als Nebendiagnose hatten, bei gerade einmal rund zehn Prozent lag. Ähnliches gilt für die Wirksamkeit der Impfungen, die mittlerweile nicht so gut vor Infektionen und leichten Verläufen schützen wie bei den ursprünglichen Varianten. Um zu deiner Ausgangsfrage zurückzukehren: Natürlich ist es wichtig, eine Manöverkritik zu machen und auch Fehler zu benennen. Und klar sind wir jetzt klüger.

LW: Corona-Revisionismus halte ich für einen treffenden Begriff, weil er gut zum ›Corona-Narrativ‹ passt, von dem vorher die Rede war. Das Motto lautet: Alles, was meine Erzählung stützt, wird verwendet – auch wenn es sich um ein Wissen handelt, das es vor zwei Jahren noch gar nicht gegeben hat. Das verweist noch auf ein anderes Problem, das wir als Wissenschaftsjournalisten speziell in Österreich hatten und haben: Grundlegende Daten zur Pandemie standen lange nicht öffentlich zur Verfügung. Dazu gehört die Frage von Haupt- und Nebendiagnose, bis September 2022 wurden täglich drei unterschiedliche Zahlen zu den Neuinfektionen veröffentlicht, eine Registerforschung – also die anonymisierte Auswertung großer Gesundheitsdatenbanken – hat es nicht gegeben. Entsprechend sind die meisten relevanten Daten aus anderen Ländern gekommen, allen voran aus Israel, Großbritannien und den USA. In Österreich waren wir zumeist im Blindflug unterwegs – das machte auch die Berichterstattung schwierig.

KT: In dem Zusammenhang denke ich, dass wir als Wissenschaftsjournalisten durchaus in gewisser Weise im Vorteil waren, weil es für uns üblich ist, *Nature*, *Science* etc. zu lesen. Genau wegen der von dir beschriebenen schlechten Datenlage in Österreich und Deutschland war dieser möglichst rasche Import von epidemiologischen Studien aus dem Ausland wichtig, um daraus Schlüsse für die Lage hier ziehen zu können. Denn es ist klar, dass beispielsweise die Daten, die in Israel oder Großbritannien zur Wirksamkeit der Impfungen generiert wurden, mit kleinen Abänderungen auch hier galten. Es gab aber auch die Kritik, dass man in den Medien zu wenig auf die lokalen Ärzt*innen gehört hat. Dieses Problem sehe ich weniger – wohl aber jenes, dass Haus- und Betriebsärztinnen und -ärzte, die ja besonders nah an den Menschen sind, nicht in idealer Weise informiert und etwa in die Impfberatung eingebunden wurden. Wie eine im März 2022 durchgeführte Studie für Österreich zeigt, vertraut die Bevölkerung in Sachen Gesundheit diesen Ärztinnen und Ärzten am meisten (vgl. Taschwer 2022b). Wobei ganz allgemein das Vertrauen in die Wissenschaft in Österreich – zumindest im europäischen Vergleich – nicht allzu groß zu sein scheint, wie insbesondere die Eurobarometerstudie 2021 nahelegte (vgl. Taschwer 2021c), bei der Deutschland übrigens noch vor Österreich

die Rangliste jener Länder mit dem höchsten Anteil an Personen anführt, die glauben, dass Wissenschaftler*innen unehrlich seien. Was uns letztlich auch zu den Fragen führt, wie sich das ändern ließe und welche Rolle der Wissenschaftsjournalismus dabei spielen könnte. Der Experimentalphysiker und Nobelpreisträger des Jahres 2022 Anton Zeilinger meinte rund um die Zuerkennung des Preises mehrfach, dass diese Skepsis auch daran liegt, dass der Wissenschaftsjournalismus hierzulande in den letzten Jahren eher zurückging. Wie siehst du das?

LW: Ganz ähnlich. Viele Zeitungen wollen oder können sich eigene Wissenschaftsredakteur*innen nach Jahren der allgemeinen Krisen des Journalismus – verringerte Anzeigenvolumen, zunehmende Konkurrenz neuer Player im Internet etc. – gar nicht leisten. Ihre Themen werden von Kolleg*innen aus Innenpolitik, Chronik oder anderen Ressorts mitübernommen. Im ORF ist das ein wenig anders, wir haben zahlenmäßig in TV, Radio und online vermutlich das größte Wissenschaftsressort des Landes. Wenn man aber die ›härteste Info-Währung‹ vergleicht, also die großen Nachrichtenformate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dann war die Wissenschaft dort lange unterrepräsentiert. Auch wenn Opernübertragungen objektiv weniger Menschen interessieren, hatten die dort mehr Präsenz als Neuigkeiten aus der Virologie oder Quantenphysik. Österreich hat sich historisch eben immer als Kultur- und Sportnation verstanden und nicht als Wissenschaftsnation. Das hat sich durch die Pandemie – und vielleicht durch den Nobelpreis für Anton Zeilinger – geändert. Und zwar sowohl in der inneren »Hackordnung« der Redaktionen, in der traditionell die Innenpolitik dominiert, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Die ORF-Kolleg*innen Elke Ziegler und Günther Mayr sind mit ihren Pandemie-Einschätzungen und -Analysen in Radio und TV bekannt geworden und haben wichtige Journalismuspreise und populäre Publikumspreise gewonnen. In Deutschland ist das u.a. Mai Thi Nguyen-Kim gelungen. Das stärkt den Stellenwert der Wissenschaft in den Redaktionen – und hat etwa zu einer neuen wöchentlichen Wissenschaftssendung im ORF-Fernsehen geführt. Aber an der grundlegenden Herausforderung ändert das nichts. Nämlich, dass oft für viele Themen zu wenig Zeit und Ressourcen vorhanden sind. Bleibt die Frage, was man in der Situation am besten tun sollte.

KT: Immerhin gibt es Zeichen seitens der österreichischen Politik, dass man dieses Mal das katastrophale Ergebnis bei der Eurobarometerstudie ernst nehmen will – was übrigens schon vor zehn Jahren hätte passieren können, als die Ergebnisse ähnlich schlecht waren. Jetzt gibt es zumindest mehrere Initiativen zur Verbesserung der Situation auch im österreichischen Bildungsministerium, wo das Problem anscheinend auch erkannt wurde. Wissenschaftskommunikation bräuchte ganz allgemein einen Neustart. Allerdings ist Wissenschaftsjournalismus nicht einfach ein Synonym für Wissenschaftsvermittlung oder Wissenschaftskommunikation, sondern hat auch so etwas wie eine kritische Kontrollfunktion gegenüber der Wissenschaft. Unklar ist aber, wie Wissenschaftsjournalismus am besten zu fördern wäre.

LW: Das ist eine riesige Frage, die ich nur cursorisch beantworten kann. Klar scheint mir: ›der Markt‹ alleine wird das nicht richten. Das zeigt für Österreich auch das Beispiel von

Servus-TV, wo sich neben seriösen Kolleg*innen mit verdienstvollen Sendungen auch die Totengräber*innen der Aufklärung die Klinke in die Hand geben. Ein Teil eines Lösungsansatzes besteht in der Medienförderung. Der österreichische Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalist*innen etwa hat jahrelang gefordert, dass nur jene Medien Förderung erhalten sollen, die nachweislich auch Wissenschaftsjournalist*innen in der Redaktion haben (vgl. Plank 2022). Im Erstentwurf des neuen Medienförderungsgesetzes (Oktober 2022) war diese Forderung dennoch nicht enthalten – ein Armutszeichen für uns, aber auch für die Wissenschaft. Erst durch intensive Lobbyarbeit fanden Wissenschaft und Forschung ein halbes Jahr später Eingang in den Gesetzestext. Ein anderer konkreter Punkt wäre die Einrichtung eines Science Media Center (SMC) in Österreich. Diese Idee wurde erstmals vor 20 Jahren in England umgesetzt, ist mittlerweile auch in Deutschland gut etabliert und fungiert als eine Art Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Medien. SMCs setzen sich mit neuen Forschungsergebnissen auseinander, holen dazu verschiedene Meinungen von ausgewiesenen Expert*innen des jeweiligen Fachs ein und stellen das Wissen Journalist*innen zur Verfügung. Wir haben darauf in unserem journalistischen Alltag vor und während der CoV-Pandemie auch immer wieder als Basismaterial zugegriffen – und sind froh, dass das zumindest in Deutschland gut funktioniert.

KT: Was aber auch damit zu tun hat, dass in Deutschland sehr viel Stiftungsgeld in wissenschaftsjournalistische Initiativen fließt. Das deutsche SMC allein erhält 1,5 Millionen Euro von der Klaus Tschira Stiftung. In Deutschland sehen auch die Industrie und die Politik, dass Berichterstattung über Wissenschaft und Technologie durchaus in ihrem eigenen Interesse ist – einmal ganz abgesehen von der demokratischen Bedeutung von Wissenschaftsjournalismus, auf die wir bis jetzt noch nicht eingegangen sind. Denn wenn es nicht möglich ist, zwischen richtigen und falschen Behauptungen zu unterscheiden, zwischen bestmöglich recherchierten Nachrichten und Fake News, dann verliert man auch eine wesentliche Grundlage von demokratischen Entscheidungsprozessen. Welche Entscheidungen aufgrund welcher wissenschaftlichen Fakten politisch getroffen werden, ist dann eine Sache der Politik. Es wäre meiner Ansicht nach aber nicht nur im Interesse der Wirtschaft und der Gesellschaft, Wissenschaftsjournalismus zu stärken, sondern auch und vor allem im Sinn der Wissenschaft. Dass Universitäten und andere Einrichtungen im Bereich PR investieren, Presseausendungen machen und ihre eigenen Kanäle verstärken, ist schön und gut. Aber solche PR-Aktivitäten und ähnliche Formen der Wissenschaftskommunikation sind es nicht, was unmittelbar auch Vertrauen in die Wissenschaft generiert. Dazu braucht es kritischen und seriösen Wissenschaftsjournalismus in unabhängigen Medien, denen vertraut wird. Es gibt aber noch ein ökonomisches Argument, das gerne übersehen wird: Wissenschaftskommunikation innerhalb der Wissenschaft durch Publikationen kostet den Steuerzahler*innen einen hohen Millionenbetrag. Ein paar alles beherrschende Großverlage wie *Elsevier* oder *Springer Nature* machen mit ihren überteuerten Zeitschriften fette Profite, egal, ob mit oder ohne Open Access. Um diese Erkenntnisse an die Steuerzahler*innen zurückzuvermitteln, braucht es Wissenschaftsjournalismus, der aber gewissermaßen gratis passieren soll. Es stimmt zwar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch Gebühren Geld erhält, wie auch österreichische Zeitungen für ihre Wissenschaftsberichterstattung durch Kooperationen

mit Forschungseinrichtungen; aber ich denke, dass man sich gerade für die Wissenschaftsberichterstattung neue Finanzierungsmodelle überlegen muss.

LW: Da ist noch viel Luft nach oben und Fantasie wäre gefragt. Ob die aber aus der Wissenschaft selbst kommt? Ich bin da nicht sehr optimistisch. Die wissenschaftlichen Einrichtungen halten sich bei öffentlichen Debatten oft sehr zurück, sofern es nicht um ihre unmittelbaren Eigeninteressen geht, allen voran die Budgets. In der Kultur etwa ist das ganz anders. Wenn öffentlich über mögliche Einsparungsmaßnahmen beim Radiosender Ö1 diskutiert wird, sind die Gegenstimmen der Kulturtreibenden immer sehr laut – und zwar zurecht. Buchautor*innen, Kinobetreiber*innen und Konzertveranstalter*innen haben begriffen, dass sie den Kulturjournalismus brauchen – so kritisch und unangenehm er auch sein mag. Im Vergleich dazu ist die Wissenschaft sehr defensiv. Zwar sind viele Wissenschaftler*innen in der Pandemie selbst zu öffentlichen Personen geworden wie nie zuvor. Aber die Wissenschaft selbst übt sich noch immer in – wie ich meine falscher – Bescheidenheit.

Literatur und Quellen

- PALMAI, Julia/TASCHWER, Klaus (2020): »Sterblichkeitsstudie: Wie tödlich ist das Coronavirus?«, <https://www.derstandard.at/story/2000121081090> (01.11.2022).
- PENNINX, Brenda W. J. H. et al. (2022): »How COVID-19 shaped mental health: from infection to pandemic effects«. In: *Nature Medicine* 28,2027-2037, <https://www.nature.com/articles/s41591-022-02028-2> (01.11.2022).
- PLANK, Jutta (2022): »Wissenschaftsjournalismus als Qualitätskriterium bei Medienförderung durch öffentliche Hand«, <http://www.wissenschaftsjournalisten.at/2022/07/15/apots-wissenschaftsjournalismus-als-qualitaetskriterium-bei-medienfoerderung-durch-oeffentliche-hand/> (01.11.2022).
- SCHWERING, Markus (2020): »Jürgen Habermas über Corona: ›So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie‹«, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/juergen-habermas-coronavirus-krise-covid19-interview-13642491.html> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2020): »Politikwissenschaftlerin Prainsack: ›Corona-Impfpflicht ethisch nicht zulässig‹«, <https://www.derstandard.at/story/2000122318389> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2021a): »Clemens Arvay & Co: Die Impfangstmacher«, <https://www.derstandard.at/story/2000129237378> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2021b): »Die ›Evidenzen‹ der 199 impfskeptischen Ärztinnen und Ärzte«, <https://www.derstandard.de/story/2000131945440> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2021c): »Österreichs fatale Wissenschaftsskepsis«, <https://www.derstandard.at/story/2000131037835> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2022a): »Wie gut schützen die Impfungen noch vor Omikron?«, <https://www.derstandard.at/story/2000132610527> (01.11.2022).
- TASCHWER, Klaus (2022b): »Österreichisches Vertrauen in Wissenschaft ist stark verbesserbar«, <https://www.derstandard.at/story/2000139875561> (01.11.2022).

- WHO (2020): »Advice on the use of masks in the context of COVID-19«, https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/332293/WHO-2019-nCov-IPC_Masks-2020.4-eng.pdf (01.11.2022).
- WIESELBERG, Lukas (2020): »Im Maschinenraum der Wissensproduktion«, <https://science.orf.at/stories/3200940/> (01.11.2022).
- WIESELBERG, Lukas (2021a): »Große Lektion, wie Wissenschaft funktioniert«, <https://science.orf.at/stories/3204261/> (01.11.2022).
- WIESELBERG, Lukas (2021b): »Risiko für Infizierte viel höher als für Geimpfte«, <https://science.orf.at/stories/3208355/> (01.11.2022).
- WIESELBERG, Lukas (2022): »Kommunikation in der Krise«, <https://science.orf.at/stories/3214913/> (01.11.2022).